

"Unser Parlament" : viel kritisiert, aber schwer zu ändern!

Autor(en): **Fisch, Arnold**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bündner Jahrbuch : Zeitschrift für Kunst, Kultur und Geschichte Graubündens**

Band (Jahr): **38 (1996)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-550561>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Unser Parlament» – Viel kritisiert, aber schwer zu ändern!

von Arnold Fisch

Die abtretende Jahrbuchredaktion hat den Wunsch hinterlassen, Parallelen, beziehungsweise Unterschiede des heutigen Parlamentsbetriebes zu früheren Zeiten aufzuzeigen, in denen der Chronist seine Berichterstattertätigkeit im Bundeshaus aufgenommen hat. Der Vergegenwärtigung jener Erinnerungen und ihre Konfrontation mit der Gegenwart hat Spass gemacht, obwohl gar nicht so «spassig» ist, was festzustellen war.

Zunächst eine Klarstellung: Seit der Chronist seine Tätigkeit unter der Kuppel des Bundeshauses praktiziert hat, ist auch schon wieder eine Weile vergangen. Altershalber hat er im Frühjahr 1978, nach 35 Jahren oft hektischer Betriebsamkeit, seinen Platz auf der Journalistentribüne geräumt. Und wenn er auch in den seither verstrichenen bald anderthalb Dutzend Jahren den Kontakt mit dem einstigen Wirkungsbereich nie ganz aufgegeben, sich namentlich durch immer noch intensive Zeitungslektüre einigermaßen auf dem laufenden gehalten hat, wollte er, ehe er sich an diese Aufgabe machte, wieder einmal am Tatort einen gründlichen Augenschein nehmen. Dafür hat er die Sitzungen vom 9. März 1994 gewählt, die im Nationalrat dem sogenannten «Gleichstellungsgesetz» und im Ständerat der «Kleinen Regierungsreform» gewidmet waren. Hüben die Einbindung verfassungsmässig schon vor einem Dutzend Jahren garantierter Frauenrechte in ein ausgeknobeltes Netz von Gesetzesartikeln – drüben ein neuer Versuch, den ewig überlasteten Bundesrat mit einem Apparat längst «erfundener», aber mit neuen Kompetenzen auszustattender Staatssekretäre regierungsfähiger zu machen.

Zugegeben kein ganz gewöhnlicher Sitzungstag, sondern Verhandlungen, die von der Regie so geplant waren, dass Erinnerungen an den «Aufstand der Frauen» sich aufdrängten, der fast auf den Tag genau ein Jahr zuvor an

derselben Örtlichkeit im zweiten Anlauf doch noch die Wahl einer Bundesrätin durchgedrückt hat. Man hatte wieder mit Frauendemonstrationen gerechnet, die dann allerdings «ausser Haus», abgesehen von einer Gruppe, die ihre Transparente vor dem Eingang des Parlamentsgebäudes aufgepflanzt und diesen mit gelben Ballonen garniert hatte, ausgeblieben ist. Statt Lärm eine freundliche Geste: den Eintretenden wurde ein Mimosensträusschen in die Hand gedrückt.

*

Im Nationalratssaal dann allerdings eine ungewohnte Atmosphäre, in der dieselbe gelbe Farbe dominierte: Engagiert für die Sache der Frau sich einsetzende *Parlamentarierinnen*, inklusive die Ratspräsidentin, hatten sich nicht damit begnügt, die «Sonnenbroche» an ihr Revers zu heften; sie hatten sich auf eine Garderobe in Gelb verabredet. Und von diesem Kostümfest offenbar zu erhöhter Betriebsamkeit angeregt, herrschte um Präsidenten- und Rednerpult ein farbiges Gedränge.

Was nun allerdings den immer noch dominant männlichen Rat nicht so zu beeinflussen vermochte, dass er von der in der vorberatenden Kommission vorgezeichneten Linie gross abgewichen wäre. Zu den als allzu frauenfreundlich empfundenen Anträgen des Bundesrates wurde Distanz genommen. Aber auch mit ihren abgeschliffenen Ecken und Kanten



Das «Vogelnest», von dem aus die Bundeshausjournalisten den Verhandlungen im grossen Nationalratssaal folgen.

bringt die bereinigte Vorlage noch immer einschneidende Eingriffe in das herkömmliche Rollenverständnis. Der «Sündenfall» war längst – am 14. Juni 1981 schon – begangen, als der doppelgeschlechtliche Souverän den noch einmal zehn Jahre früher eingeführten politischen Rechten der Frau die «Gleichen Rechte für Mann und Frau» im wirtschaftlichen Alltag beigefügt hat. Die Auseinandersetzung im Grossen Saal, in der auch von einigen Parlamentarierinnen kluge Zurückhaltung empfohlen wurde, ist auf den Publikumstribünen mit grossem Interesse verfolgt worden. Der Andrang weiblicher Reisegruppen aus dem ganzen Land war so gross, dass sie in sich ablösenden Schichten nur für eine abgemessene Zeit jeweils mithören konnten...

Vor fünfzig Jahren ist das nicht einmal bei Bundesratswahlen üblich gewesen. Trotzdem ist damals der erste Auftritt des frischgebackenen Journalisten an einem ganz gewöhnlichen Sessionstag unvergessen geblieben: Wegen Ausfall des gewohnten Berichterstatters war mitten am Vormittag ein aufgeregter Anruf ins Redaktionsbüro gekommen: «Der Fisch soll sofort ins Bundeshaus kommen – der Jakob muss weg!» Es wurde ein Taxi bestellt und der Fahrgast nach wenigen Minuten vor dem Hauptportal des Parlamentsgebäudes abge-

stellt. Da wartete, schon in Hut und Mantel, besagter «Jakob»: «Chumm!» Er fasste den Jungen am Arm, geleitete ihn durch die düstere Eingangshalle und über den breit ausladenden Treppenaufgang nach oben, wo hinter den Drei Eidgenossen eine kleine Tür geöffnet wurde. Fünf Schritte eine Holzstiege hoch. Da stand der Neuling, allen Blicken ausgesetzt, in einem der «Schwalbennester», die seitlich des Präsidentenstuhls an die Saalfront geklebt sind.

Der Jakob hat ihm nicht lange Zeit gelassen, sich in der nie zuvor erlebten Umwelt zurecht zu finden. Er hat ihn auf einen Stuhl gedrückt. Davor lagen auf einem Pult der angefangene Ratsbericht, ein Bleistift und ein Schlüssel: «Da hesch de Tribüneschlüssel und es Bleiwiiss. De Pricht isch à jour. Und wenn'd nüd druss chunsch, frogsch d'Ilse!» Weg war er.

Die Ilse war ein Überbleibsel der ersten Generation der Bundeshausjournalisten-Gilde. Damals die einzige Frau. Sie sass in bis zum Hals geschlossenem schwarzen Rock, ein Kapothütchen auf dem schütterten Haar unerschütterlich auf ihrem Beobachtersitz. Sogleich hat sie sich mit dem tröstlichen Spruch «Abah, was dä do seit, isch dumme Züg – das isch en Laferi» des unerfahrenen Kollegen angenommen und ihn so davor bewahrt, einfach

alles nachzuschreiben, was von den in rascher Folge wechselnden Rednern zum besten gegeben wurde. Jedenfalls: Der erste Parlamentsbericht ist – wie alle andern Berichte – bei Sitzungsschluss ablieferungsbereit gewesen.

*

Es würde verlocken, jetzt ein Loblied auf die Ilse anzustimmen, die schon als fünfzehnjähriges Mädchen ihrem Vater, dem Korrespondenten der «Appenzeller Zeitung» namens Hohl, Handlangerdienste geleistet hat und nach dessen Tod selbstverständlich in die Lücke getreten ist. Die *Ilse Hohl* ist der gute Geist in einem Journalistenzimmer gewesen, in dem damals noch keine dreissig Kollegen ihre Schreibmaschinen malträtiert haben. Jetzt sollen es hundert Medienvertreter sein, die – zu einem wesentlichen Teil allerdings technisches Personal von Radio und Fernsehen – während der Rats tagungen das Bundeshaus unsicher machen. Eine von der jungen Garde hat auf dem Stuhl der Ilse vor dem nostalgischen Rückkehrer gesessen: eine junge Frau im «Hosenträger-Dress».

Womit die Überleitung zu den personellen Veränderungen geschaffen wäre: Nicht nur die Berichterstattefront hat so starke Einbrüche erfahren, dass nicht einmal mehr von denen, die beim Rücktritt noch da waren, mehr als ein paar Gesichter bekannt geblieben sind. Von denen unten im Saal, mit denen er persönliche Kontakte gehabt hat, ist nicht einer mehr vorhanden. Der am längsten Überlebende ist der Helmut Hubacher, aber mit dem hat er sich nie unterhalten. Erst recht ist aus der Zeit, da er sein Metier aufgenommen hat, keine der Persönlichkeiten übrig geblieben, die dem Parlament einst das Gesicht gegeben haben!

Die Jahrbuchleser dürfte immerhin interessieren, wie vor fünfzig Jahren die *Bündner Delegation* zusammengesetzt war: Im Nationalrat sassen die drei Demokraten Ruben Lanicca, Georg Sprecher und – von allen der Bekannteste – Andreas Gadiant. Die Katholisch-Konservativen – damals noch mit dem Kürzel «KK» gekennzeichnet – waren durch Luigi Albrecht und Joseph Condrau, der dann 1956/



Die Korrespondentin der «Appenzeller Zeitung», *Ilse Hohl*. Sie hat ihrer Zeitung als Nachfolgerin ihres Vaters von 1891 bis 1948 in selbstverständlicher Pflichterfüllung während eines Menschenalters treu gedient.

57 den Rat präsiidierte, vertreten. Der Freisinnige Adolf Nadig komplettierte das Team. Im Kleinen Saal wurde der Stand Graubünden vom Demokraten Albert Lardelli und dem KK Josef Vieli repräsentiert. Aus späteren Jahren, in denen der Chronist vornehmlich aus dem Ständerat berichtete und im andern Saal nur so viel noch hospitierte, als er Stoff für seinen Tageskommentar benötigte, sind die Erscheinung von Arno Theus (Ständeratspräsident 1970/71) und selbstverständlich das Wirken des nachmaligen Bundesrates Leon Schlumpf präsent geblieben, der nach acht Jahren als Volksvertreter von 1974 bis 1978 im Ständerat sass.

Schlumpfs Wahl in die Landesregierung, die in diesem Zusammenhang noch besonders gewürdigt sei, war nach zwei Dutzend von der Journalistentribüne aus verfolgten Bundesratswahlen die erste, die der Chronist wieder im «Fussvolk» miterlebt hat. Er stand an jenem 5. Dezember 1979 inmitten der 2000 Bündner auf dem Bundesplatz, die hergereist waren,

den sich abzeichnenden Triumph zu feiern, dass einer der Ihren das mächtige Bern, das seit Bestehen des Bundesstaates ununterbrochen einen Sitz im «Rat der Sieben» innehatte, austrumpfen könnte. Nach dem Rücktritt von Rudolf Gnägi war zwar der Anspruch der SVP wieder unbestritten, doch erstmals seit Rudolf Mingers Zeiten war den Bernern in der eigenen Partei von einem Nicht-Berner ernsthafte Konkurrenz erwachsen. Dem von ihnen aufgestellten Werner Martignoni stand eben der Bündner Schlumpf gegenüber. Schlumpf machte die Sache schon im ersten Wahlgang, in dem er es auf 159 Stimmen brachte, während Martignoni nur auf 72 Stimmen kam, klar. Dem Stand Graubünden war damit zum dritten Mal – nach Simeon Bavier (1878–83) und Felix Calonder (1913–20) – die Ehre beschieden, der Landesregierung anzugehören. Und sein Mandatar hat sich der Ehre würdig erwiesen. Es wurde ihm das Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement zugeteilt, das mit dem gleichzeitigen Wechsel des Solothurner Sozialdemokraten Willi Ritschard zu den Finanzen frei geworden war. Als Schlumpf nach seinem auf Ende 1987 erklärten Rücktritt wieder durch einen Berner – durch Adolf Ogi – ersetzt wurde, durfte er besonders für seine gegenüber ausländischen Zumutungen feste Haltung im Verkehrsbereich von allen Seiten anerkennende Worte entgegennehmen. In der ihm persönlich nahestehenden «Zürichsee-Zeitung» wurde er als «der schweizerischste der heutigen Bundesräte» gewürdigt.

Wer Bündnervolk und Stand Graubünden heute in Bern vertritt, das ohne Gedächtnisstütze zu wissen, darf den politisch interessierten Lesern des Jahrbuchs wohl zugetraut werden...

*

Der Rückblick sei auf *Persönlichkeiten von gesamtschweizerischer Bedeutung* ausgeweitet, die den jungen Mann in seinen Anfangsjahren beeindruckt haben. Zunächst in der Reihenfolge ihrer Anciennität die Bundesrats-équipe, die der Chronist 1944 angetreten hat: Philipp Etter, Enrico Celio, Walter Stampfli, Karl Kobelt, Eduard von Steiger, Ernst Nobs

(der erst Ende 1943 dem Regierungskollegium beigetretene erste Sozialdemokrat) und – am 14. Dezember 1944 in der ersten miterlebten Bundesratswahl für den enttäuscht zurückgetretenen Marcel Pilet-Golaz zugewählt – Max Petitpierre.

Doch zum Parlament: Besagte Bundesratsersatzwahl der Bundesversammlung ist vom konservativen Freiburger Pierre Aeby, einem Rechtsprofessor mit dem Habitus des feinsinnigen Gelehrten, geleitet worden. Und im weiten Rund des Grossen Saals sassen unter den von den Bürgern ihrer Herkunftskantone in die Bundesstadt delegierten Volks- und Standesvertretern Persönlichkeiten, die in so origineller Substanz einem vielleicht zu wohlwollenden Erinnern der heutigen Politikergarnitur überlegen erscheinen.

Besonders lebendig steht unter den damaligen Freisinnigen der in der hintersten Bankreihe sitzende Zürcher Hermann Häberlin zuvorderst in der «Ahnengalerie». Dieser Spross einer alten Politikerdynastie, die im Thurgau von Alfred Eschers Freund Eduard Häberlin begründet, von dessen Bruder Heinrich und dessen Sohn, Bundesrat Heinz Häberlin, fortgesetzt und über einen Neffen des Industrievertreters Eduard, den Zürcher Arzt Hermann Häberlin, eben mit dessen Sohn, dem Juristen Hermann, endete, war das Vorbild eines guten Debattierers, der jederzeit wohlbegründet in freier Rede in eine Auseinandersetzung eingreifen und diese nicht selten zum Guten wenden konnte. Neben ihm waren die Freisinnigen mit Männern wie dem Zürcher Theodor Gut dem Älteren, dem Luzerner Max Wey und dem vom Aargauer Volk abgeordneten späteren Ständerat Ernst Speiser im Kräfteressen stets dabei. Von den welschen «radicaux» haben der exklusive Adrien Lachenal und der Waadtländer Paul Chaudet, der auch als Bundesrat eine volksverbundene Persönlichkeit blieb, jener Garde der ersten Stunde angehört. Wobei Lachenal von der ersten miterlebten Fraktionssitzung her allerdings in eher unangenehmer Erinnerung geblieben ist, weil er seinen allzu begeisterungsfähig gebliebenen jungen Fraktionskollegen Urs Dietschi aus Solothurn

in arroganter Weise in den Senkel gestellt hat.

Ein verglichen mit heute noch eindrücklicheres Bild bot die sozialdemokratische Fraktion, in der sich die ruhmreichen Gestalten gegenseitig die Fersen abtraten: Die Spitzenposition nahmen in der seit einem Jahr erst an der Regierung beteiligten Partei die Berner ein: Robert Grimm und Robert Bratschi, Ernst Reinhard, Max Weber, der 1953 nach der gescheiterten Finanzreform mit seiner Demission nach nur zwei Bundesratsjahren die Partei in den «Gesundbrunnen der Opposition» geführt hat, sowie die grossen Namen Konrad Ilg und Arthur Steiner. Weiter seien der Schaffhauser Walther Bringolf und der St. Galler Johannes Huber, der als Präsident der damaligen Vollmachtenkommission so etwas wie «der achte Bundesrat» war, besonders hervorgehoben. Der eigenwilligste Kopf war wohl der Walliser Carl Dellberg, der noch als Handlanger am Simplontunnel mitgebaut hat. Unter den Welschen ist immer wieder Pierre Graber, der spätere Waadtländer Bundesrat mit geistreichen Interventionen aufgefallen. Und im stillen Ständerat bewies der Basler Gustav Wenk-Vater, dass sehr wohl auch aus der Opposition heraus wohlüberlegtes Wirken möglich ist. – Der Reigen sei mit der kontrastreichen Zürcher Delegation geschlossen, die ebenfalls im Ständerat mit dem Zürcher Stadtpräsidenten Emil Klöti einen illustren Vertreter hatte und im übrigen mit dem Namen Hans Oprecht brillierte. Dazwischen funkten immer wieder die politischen Naturtalente Jakob Kägi und «Otti» Schütz aus dem Gewerkschaftslager mit oft viel belachten Stellungnahmen.

An Originalen hatte auch die alte KK-Fraktion keinen Mangel: Hier fielen damals mehr als der mit emsigem Fleiss sich zum Bundesrat emporarbeitende Walliser Josef Escher oder der 33 Jahre junge Obwaldner Standesherr Ludwig von Moos Urgestalten wie der Freiburger Krauskopf Quartenoud auf, der mit der Gewalt eines «Munis» losstürmen konnte. Ehe Quartenoud 1947 aus der Volkskammer in die Ständekammer hinüberwechselte, hatte sich der ehrenwerte Stand Freiburg im Kleinen Saal von den gewandten Politikern Bernard de

Weck und Joseph Piller vertreten lassen. Doch sämtliche Originale wurden vom noch zu Bern gehörenden Nordjurassen Jean Xavier Gressot in den Schatten gestellt, der als Double des auf seine besondere Art berühmten «Fernandel» in die Ratsgeschichte eingegangen ist.

Grundverschieden die Erinnerungen an die damals repräsentativen Vertreter der BGB auf der einen und der Fraktion der Liberalen auf der andern Seite. Bei den Bauern und Gewerblern die auch mit der körperlichen Fülle gewichtigen Männer: der Zürcher Gewerbevertreter Paul Gysler oder der Aargauer Arzt und Oberstdivisionär Eugen Bircher, die mit ihrem Ungestüm ihre überlegteren Kollegen Karl Renold (Aargau) oder Markus Feldmann (Bern) öfters in Verlegenheit bringen mochten. Demgegenüber nun die kleine, aber elitäre Gruppe der Liberalen, der als einziger «Nicht-Romand» der erfahrene Aussenpolitiker Albert Oeri aus Basel angehörte. Ihr überlegener Chef war der Genfer Albert Picot, dem trotz stets geübter Zurückhaltung die für einen Angehörigen der «Kleinen» ausserordentliche Ehrung beschieden war, 1947/48 Nationalrat und Bundesversammlung zu präsidieren. Neben Picot sei mit einem freimütigen Ausspruch, den er über die gelegentlich widersprüchliche Politik seiner Parteifreunde getan, nur noch dessen Landsmann Aymon de Senarclens zitiert: «Les libéraux, c'est une bande de schizophrènes!»

*

Fehlt noch Gottlieb Duttweiler. Er, der ein eigenes Kapitel füllen könnte und in seinem Landesring der Unabhängigen vorübergehend eine illustre Gesellschaft von Geistesgrössen zu sammeln vermochte – es seien nur der Genfer William Rappard und der Basler Felix Moeschlin genannt –, leitet über zur Aufsplitterung der Parteienlandschaft, die sich damals erst abgezeichnet hat, heute aber für die Einhaltung eines klaren Kurses belastend ist.

Zu dieser Entwicklung hat wohl auch der *Eintritt der Frauen in die Politik* beigetragen. Zwar hat die erste Politikerinnen-Generation im Bundeshaus viel weniger Aufsehen erregt, als dies von Skeptikern befürchtet worden



Im Ständerat, der noch immer ohne Rednertribüne auskommt, hat die moderne Kommunikationstechnik mit der indiskret herummanövrierten Fernsehkamera Einzug gehalten.

war. Die erste «Rätin» in Bern ist die Genfer Ständerätin Lise Girardin gewesen, die nicht erst den eidgenössischen Volksentscheid vom 14. Februar 1971 über die Gewährung des allgemeinen Frauenstimm- und -wahlrechts abwarten musste, sondern im fortschrittlichen Frauenstimmrechtskanton Genf schon vorher ihres Einsitzes in der Bundesversammlung gewiss war. Tatsächlich hat diese Frau von der ersten Stunde an als wohlgelittene «Copine» Vertrauen erweckt. Vielleicht hat sie später allzu masculin politisiert und mit der Übernahme von Verwaltungsratsmandaten den Ruf weiblicher Unabhängigkeit von jeglicher Interessenpolitik strapaziert. – Unter den Nationalrätinnen der «Ersten Stunde», die aus den Herbstwahlen 1971 als Siegerinnen hervorgegangen waren, bleiben die freisinnige Zürcherin Martha Ribi und ihre Landsfrau aus der sozialdemokratischen Fraktion, Hedi Lang, Beispiele von Politikerinnen, die ebensowenig aus ihrem Frausein ein Wesen machten, in bester Erinnerung. Sie haben wenig Nachfolgerinnen, die es ihnen gleichtun und deshalb, wie beispielsweise die Zürcher Freisinnige Vreni Spoerry, bei einer allfälligen Bundesratskandidatur im Unterschied zu Kandidatinnen, die zu

sehr auf die Wahrung besonderer Fraueninteressen ausgehen, ihres Erfolges wohl gewiss wären!

*

Nun soll nicht die Meinung aufkommen, dass erst dem neuen Element Frau zunehmende *Kritik am Parlamentsbetrieb* zu unterschieben wäre. Diese Kritik ist zum Teil auf «Gesetzmässigkeiten» des Parlaments zurückzuführen, die sich mit menschlichen Schwächen schlecht vertragen. So hat es, als sich einst eine Schulklasse in einem Brief an die erste Nationalratspräsidentin ob der Undiszipliniertheit des von der Tribüne beobachteten Ratsgeschehens enttäuscht äusserte, die angeschriebene Elisabeth Blunschy in einem freundlichen Antwortbrief klargestellt: «Über Sünden und Mängel des Parlamentsbetriebes ist immer geklagt worden, solange es das Parlament gibt. Bei Vergleichen mit ausländischen Parlamenten würde die Bundesversammlung hinsichtlich Disziplin, Ernst und Speditivität der Arbeitserledigung nicht schlecht abschneiden . . .»

Das ist 1977 geschrieben worden. – Eine weniger von Besuchern als von «Insidern» immer wieder zu hörende Kritik ist die Beanstandung der papierenen Vielrednerei. Dazu hat einer, der eigentlich Parlamentsberichterstatte war, aber für kurze Zeit selber im Ratssaal gesessen hat, Dr. Alfred Grütter, in seiner «Tat» folgende Erfahrung festgehalten:

«Da ist der grosse Nationalratssaal mit seinen 200 Pulten und Sesseln, oben die mächtige Publikumstribüne. Wer zu dem in Beratung stehenden Gegenstand sprechen will, hat sich beim Präsidenten zu melden, um auf die Rednerliste gesetzt zu werden. Dann wird er im Verlauf der Verhandlungen aufgerufen. Er muss nun von seinem Platz durch den Saal schreiten und auf ein erhöhtes Podium steigen. Hier sieht er sich zwischen dem Präsidenten und dem Ratsbüro vor ein Stehpult gestellt. Vor seinen Augen der Knopf des Mikrophons, das seine Worte an die zahlreichen Lautsprecher im Saal, auf der Publikums- und der Presstribüne weiterleitet, in den Keller zur simultanen Übersetzung und nicht zuletzt zu den «reedschriftlich» geschulten Stenographen, die das

Gesprochene nachschreiben, damit es schliesslich auch noch gedruckt im Amtlichen Stenographischen Bulletin erscheint. – Wer zu einem Gegenstand das Wort ergreifen will, sieht sich auf diese Weise bildlich und körperlich in einen Apparat gespannt, den um weniger Sätze willen in Gang zu setzen, kaum die Mühe lohnt. . . » Grütter, A., Mängel im Parlamentsbetrieb, in: Tat, 16.10.1956.

Die Ausführungen mündeten in Vorschläge, die darauf angelegt waren, an die Stelle der beziehungslosen Folge von Referaten wieder die spontane Rede, die echte Debatte in Rede und Gegenrede treten zu lassen. Weshalb Rednerpult, Mikrophon und Stenographisches Bulletin verschwinden müssten und jedermann zu verpflichten wäre, von seinem Platz aus zu sprechen. Diesen Plätzen wäre der Tisch, der zum Lesen und anderweitigen Arbeiten verlockt, wegzunehmen. Einfache Bänke – wie im britischen Unterhaus – würden genügen. Namentlich wäre das Verbot der belebenden Zwischenrufe aufzuheben.

So revolutionär solche «Gewaltmassnahmen» dem Parlamentarier von heute vorkommen mögen, ganz neu wären sie selbst für diesen Saal nicht: Ältere Kollegen mochten sich noch erinnern, dass auch im schweizerischen Nationalrat vom Platz aus gesprochen wurde. Ohne Mikrophon! Wenn sich die Worte im weiten Rund verloren, haben jeweilen, so Interessantes vermutet wurde, die Ratsherren den Sitz des Sprechenden umstanden. Je dichter die Reihe der Zuhörer, desto wichtiger hätte das Votum auch geschienen, so dass die Presseberichtiger, die aus der Ferne nicht viel mitbekommen hatten, nachher in die Wandelhalle rannten, um sich das nur halb Gehörte von einem der dagestandenen, wiedererzählen zu lassen. Die Zuhörertrauben seien geradezu ein Gradmesser für die Höhepunkte des Ratsgeschehens gewesen.

*

Damit der versprochene *Blick in den Ständerat*, wo immer noch vom Platz aus gesprochen wird und an jenem Morgen zwischen Staatsrechtsprofessoren das Duell um die politische Bedeutung der als «Verbeiständer» eines

überlasteten Bundesrates propagierten Staatssekretäre ausgetragen wurde. Es ist bei diesem Geschäft an besagtem Morgen, soviel der Rückkehrer davon mitbekommen hat, noch immer wie früher gewesen: gescheiter Austausch von Argumenten und Gegenargumenten in konziser Form. Die nähere Erkundigung bei einem jüngeren Kollegen, der schon länger dabei ist, haben allerdings auch hier eine Retouche des guten Eindrucks gebracht.

«Der Ständerat» – so lautete die Auskunft – «der sich früher stets punkto Qualität der Debatte und der Quantität der Voten vom Nationalrat abgehoben hat, beginnt mehr und mehr auch im Stil der Grossen Kammer zu arbeiten!» In der aussenpolitischen Debatte zum Beispiel hätten zwei Drittel der «Senatoren» gesprochen. «Die Disziplin, die früher aufgrund von Absprachen in den einzelnen Fraktionen praktiziert wurde und beispielhaft war, ist endgültig dahin!» Die Folge: Nachmittags-sitzungen, die bis vor kurzem noch eine absolute Seltenheit waren, werden auch im Ständerat zur Gewohnheit. Pendenzen müssen von einer Session in die andere hinübergeschoben werden: «Wegen der zunehmenden Disziplin- und Masslosigkeit der Damen und Herren – und nicht wegen der grösseren Geschäftslast – hat die Kleine Kammer an Qualität enorm eingebüsst!»

Apropos Geschäftslast: Dazu hat einst der gerne mit Revisionsgedanken spielende Urner Ständerat Franz Muheim nüchtern festgestellt, dass unser Parlament, so es richtig organisiert wäre, nicht überfordert sein müsste. Man müsste es nur fertigbringen, die Kompetenzen etwas besser zu verteilen. Der konservative Innerschweizer mit offenem Blick in die Welt hat daran gedacht, nicht mehr jeden «Hafenkäs» im Plenum durchzudiskutieren, sondern – wie es längst auch für die Exekutive gefordert wird – zweitrangige Entscheidungen untergeordneten Gremien zu überlassen, die ja ebenfalls nach dem Parteiproporz zusammengesetzt werden könnten.

*

So wäre man glücklich beim Thema *Parlamentsreform* angelangt, wovon der Chronist

während seiner aktiven Zeit immer wieder gehört hat und an welcher noch immer gearbeitet wird. Sie hat, angetrieben von den bitteren Erfahrungen der Mirage-Affäre, als die Kontrolle Regierung und Parlament recht eigentlich entglitten war, 1967 zu einer Verstärkung der Verwaltungskontrolle geführt: die Geschäftsprüfungskommissionen beider Räte wurden ausgebaut und – analog der immer ernster genommenen Finanzkontrolle – mit einem eigenen Sekretariat ausgestattet. Mit dieser Verstärkung des Geschäftsprüfungapparates war schon 1962 eine Totalrevision des sogenannten Geschäftsverkehrsgesetzes zwecks Verbesserung der Verfahrensvorschriften für den Verhandlungsablauf in Gang gebracht und sind 1972 Ausbau und systematischere Organisation der sogenannten Parlamentsdienste beschlossen worden.

Und wie könnte es anders sein: Jene Ansätze haben nach dem Parkinsonschen Gesetz Frucht getragen. Aus einem aus 25 Männlein und Weiblein zusammengesetzten Apparat für Dokumentation, Übersetzungen und allerhand Erleichterungen der Arbeit des einzelnen Parlamentariers ist inzwischen ein einhundert Mann starker Dienstzweig mit allen einem solchen Betrieb eigenen Besonderheiten geworden, ohne dass man der erhofften Effizienz des «Parlaments der Zukunft» näher gekommen wäre. In einem letzten Anlauf hat man es 1992 mit einem schwergewichtig auf den vermehrten Einsatz «Ständiger Kommissionen» angelegten Versuch probiert, der auf der Erwartung basiert, dass wenn schon die immer gleichen Interessenvertreter ihre immer gleichen Interessen vertreten, dies am rationellsten in einem Fachgremium geschieht, das nicht immer neu zusammengesetzt wird...

Was hingegen in der Volksabstimmung vom 29. September gleichen Jahres zum x-ten Mal sich als Sperriegel erwiesen hat: der Souverän hat einmal mehr als übersteigert empfundene höhere Entschädigungsansprüche der Parlamentarier abgelehnt. Man hält hierzulande – vielleicht utopischerweise, aber nicht ohne Gefühl für guten Stil – noch immer an einem Stück Ehrenamtlichkeit bei der Ausübung der Vor-

rechte eines demokratischen Staatswesens fest, was allerdings immer neu in Frage gestellt wird.

*

Blicke als zwar nicht ganz neues, aber mit dem Aufkommen der elektronischen Medien forciertes Phänomen des politischen Betriebes die offenbare *Mediensüchtigkeit*: Man hat eine bemühende Auswirkung dieser Krankheit, die leider nicht nur eine Kinderkrankheit ist, sondern epidemischen Charakter hat, ausgerechnet an dem Morgen erlebt, als der Nationalrat zwischen der tags zuvor nach weitschweifigen Erörterungen beendeten aussenpolitischen Debatte und dem Beginn der Auseinandersetzung über das Gleichstellungsgesetz die bundesrätliche Antwort auf die bedeutsame Frage, wie es unser Staat im Zeichen der Annäherung an Europa mit der Neutralität zu halten habe, erhalten sollte. Die Ratsvorsitzende hat es den Vertretern der Landesregierung unmissverständlich zu verstehen gegeben, dass ihnen dafür und den ganzen Rest eine Stunde eingeräumt werde. Nachher sei das Fernsehen für die Live-Übertragung der Anliegen der Frau aufgeboten, und daran sei nicht mehr zu rütteln.

Nun, Europa ist offenbar noch weit, und es wird noch öfters über diese Frage diskutiert werden. Aber es ist bezeichnend, dass die Publizität heute den Vorrang hat. Um nochmals in den Ständerat zurückzukehren: Es hat bei der nostalgischen «Heimkehr» in den würdevollen Kronleuchtersaal bestürzt, auch hier einem in der Raummitte stationierten Aufnahmegerät zu begegnen, das mit der Mattscheibe von Gesicht zu Gesicht gedreht wurde, um den jeweiligen Redner ins Bild zu bekommen und mit den aufgezeichneten Worten nach irgendwohin weiterzugeben. Das wäre früher undenkbar gewesen. Aber eben: böse Mäuler sagen es unverhohlen, dass ein Politiker, wenn er der entsprechenden Publizität gewiss ist, auch zur Prostitution bereit wäre.

Da war man einst zurückhaltender: Als es 1848 in der ersten Session des neu konstituierten Parlaments auch um die Veröffentlichung der Reden ging, nämlich ob diese im

oben erwähnten, damals noch zur Diskussion gestellten Stenographischen Bulletin publiziert werden sollten, hat der radikale Bündner Johannes Rudolf Brosi mit der abschätzigen

Bemerkung gegen dieses Vorhaben votiert, dass es im Grunde nur die Redner selber seien, «die gerne ihre langen Reden wiederlesen und glauben, alle Welt sei begierig darauf».

„ M a n c h m a l i s t a l l e s e i n f a c h k l a r “

GYMNASIEN A/B/C/D

LEHRERSEMINAR

DIPLOMMITTELSCHULE (DMS)

Information
7220 Schiers
081 53 11 91
Direktor Pfr. T. Haupt

EVANGELISCHE
MITTELSCHULE
SCHIERS

INTERNATSMITTELSCHULE
f ü r K n a b e n u n d M ä d c h e n